

21. Sitzung Berlin, Donnerstag, 22. November 2007

a) Antrag

Anwendung des Berliner Mietspiegels 2007

Antrag der SPD und der Linksfraktion Drs 16/1004

b) Antrag

Grundsätze für den Berliner Mietspiegel 2009 erweitern

Antrag der SPD und der Linksfraktion Drs 16/1005

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Das Wort hat Herr Otto von den Grünen. – Bitte schön!

Andreas Otto (Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalition beschäftigt sich mit dem Mietspiegel, und das ist auch dringend notwendig. – Sie haben bei der Verkündung des Mietspiegels 2007 große Kritik geerntet, Frau Senatorin, nicht zuletzt von uns! Man hat ihn als „Vermieterspiegel“ bezeichnet. Sie haben die Mieterverbände am Ende nicht mehr im Boot gehabt, und das ist ein Problem. Das ist aber ein selbst verschuldetes Problem. Durch die Erweiterung der Spannbreite zur Festlegung der Werte im Mietspiegel haben Sie die Mieterverbände seit 2003 einfach hinausgedrängt. Sie haben eine Praxis geübt, die bis dato in Berlin überhaupt nicht vorkam, die auch die Bundesregierung in ihren Empfehlungen zur Erstellung von Mietspiegeln nicht vorschlägt. Sie haben die Basis der Werte so verbreitert, dass stärkere Erhöhungen möglich geworden sind. Das hat die Mieterverbände verärgert, und das zu Recht.

[Beifall bei den Grünen]

Die Senatsverwaltung – oder der Senat insgesamt – befindet sich in einer Doppelrolle. Das macht die Geschichte schwierig. Das muss man auch einmal benennen: Er ist einerseits eine Behörde. Er organisiert das Verfahren für die Erstellung eines Mietspiegels und verkündet ihn. So geschehen im Juli per Verordnung. Zum anderen ist der Senat als Eigentümer von Wohnungsgesellschaften selbst ökonomisch an Mieteinnahmen interessiert. Das ist ein schwieriger Spagat. Er gelingt einmal mehr, einmal weniger. Ich hatte im Sommer das Gefühl, dass er beim Mietspiegel 2007 weniger gelungen ist.

Sie haben sich in der Koalitionsvereinbarung vom letzten Jahr vorgenommen, den Konsens mit den Vermieter- und den Mieterverbänden herzustellen. Das ist 2007 nicht gelungen. Das haben Sie – da sage ich ein lobendes Wort – erfreulicherweise auch gemerkt. Für 2009 wollen Sie sich mehr Mühe geben. Da sind wir dabei. Das unterstützen wir. Denn Berlin als Mieterstadt braucht einen qualifizierten Mietspiegel, der von möglichst vielen getragen wird, damit er ein rechtssicheres Instrument ist. Das machen wir mit.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich habe schon von der Doppelrolle des Senats gesprochen. Sie ist auch in der Debatte zu spüren. Herr Arndt hat von den landeseigenen Gesellschaften und vom Mietspiegel gesprochen. Frau Matuschek hat das auch gemacht. Landläufig wird in der Bevölkerung immer erwartet, dass die landeseigenen Gesellschaften besser sind, günstigere Mieten haben oder dass da alles schöner sei. Das ist ein Gerücht, das ist nur in wenigen Punkten so. Es ist aber ganz dringend notwendig –

und da besteht tatsächlich eine Verbindung zum Mietspiegel –, dass die landeseigenen Gesellschaften dazu beitragen, dass das Instrument Mietspiegel in Berlin ein anerkanntes Instrument ist, das für alle gilt. Wenn die landeseigenen Gesellschaften jetzt anfangen, den Mietspiegel nicht mehr zu beachten – ein Fall ist uns öffentlich begegnet; vielleicht gibt es noch andere –, dann ist der Mietspiegel als Instrument für die gesamte Stadt erledigt, dann werden sich alle anderen Vermieter – und das nicht zu Unrecht – fragen: Was interessiert uns der Mietspiegel? Wir suchen uns andere Werkzeuge, die das BGB hergibt, um die Mieten zu erhöhen. – Mit der landeseigenen WBM im Nikolaiviertel sind Sie eingestiegen. Dort haben Sie den Mietspiegel nicht beachtet.

Es ist bemerkenswert, wie die Koalition umgeht. Da wird erst in den Zeitungen diskutiert. Dann wird uns im September ein Senatsbeschluss verkündet, jetzt sei alles geregelt, die Landeseigenen würden jetzt den Mietspiegel beachten. Dann haben wir letzte Woche im Bauausschuss mit der WBM darüber gesprochen. Die haben gesagt: Na ja, ab jetzt vielleicht, wir machen das. – Als wir dann gefragt haben, was der Senat sagt, hat die Staatssekretärin uns erklärt: Ja, ich glaube, es wird.

Jetzt haben wir noch einen Antrag. Wer hat den bestellt? Wozu ist der notwendig,

[Uwe Doering (Linksfraktion): Den hatten wir schon besprochen!]

wenn Sie uns – lieber Herr Doering – ein so genanntes Gesamtkonzept für die städtischen Wohnungen auf den Tisch legen? Darin steht: Mietspiegel ist von den landeseigenen Gesellschaften einzuhalten. Wenn Sie einen Senatsbeschluss vom September haben, wozu, bitte schön, brauchen wir diesen Antrag? – Ich halte es für eine Schaufensteraktion, die Sie hier betreiben.

[Beifall bei den Grünen]

Sie werden uns hier nicht erzählen, dass diesen Antrag Herr Sarrazin bei Ihnen bestellt hat, damit er endlich einmal eine klare Position aus dem Parlament hat.

[Dr. Michael Arndt (SPD): Doch, hat er! – Heiterkeit]

So wird das wohl nicht sein.

Ich komme auf den Mietspiegel und die energetische Sanierung zurück.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Kollege! Sie müssen leider zum Schlusssatz kommen.

Andreas Otto (Grüne):

Ich komme zum Schlusssatz, natürlich. – Energetische Sanierung, das kam hier schon vor. Das soll in den Mietspiegel hinein. Da muss mehr hinein, Herr Dr. Heide, aber insbesondere da machen wir den Schwenk zu den landeseigenen Gesellschaften. An dem dort bestehenden Sanierungsstau müssen Sie arbeiten, da müssen Sie ran. Es ist uns mit Mühe und Not – und da danke ich Ihnen allen – gelungen, dass wir im Märkischen Viertel nicht zurück zur Braunkohle gekommen sind.

[Beifall bei den Grünen]

Aber eigentlich wollen wir in die Zukunft und nicht zurück. Da müssen Sie mehr tun. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen]

Andreas Otto